Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9604**

17. Wahlperiode 09. 05. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Burchardt, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/8580 –

Die soziale Dimension von Bologna stärken

A. Problem

Die soziale Dimension als weiteres notwendiges Ziel des Bologna-Prozesses wurde im Londoner Communiqué von 2007 von den beteiligten europäischen Hochschulministern verabredet. Sie erhält auch in Deutschland vor dem Hintergrund steigender Studienanfängerzahlen eine besondere Bedeutung. Experten gehen aufgrund der steigenden Studierneigung, doppelter Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht von bis zu 500 000 Studienanfängern im Wintersemester 2011/2012 aus. Die Förderung der sozialen Infrastruktur des Studiums blieb in den bisherigen Hochschulpakten unberücksichtigt. Daher wächst der Bedarf an einer erheblichen Stärkung der sozialen Infrastruktur für die Studierenden.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern die soziale Dimension des Bologna-Prozesses zu stärken und den bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Infrastruktur des Studiums mit geeigneten Maßnahmen und zusätzlichen Finanzmitteln voranzutreiben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8580 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende und Berichterstatterin

Tankred Schipanski
Berichterstatter

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Tankred Schipanski, Ulla Burchardt, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Nicole Gohlke und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8580** in seiner 158. Sitzung am 9. Februar 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD weist auf das Londoner Communiqué von 2007 hin, in dem die soziale Dimension als weiteres notwendiges Ziel des Bologna-Prozesses von den beteiligten europäischen Hochschulministern verabredet worden sei. Sie stellt fest, dass wegen der aktuell sehr stark steigenden Studienanfängerzahl aufgrund wachsender Studierneigung, doppelter Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht eine Stärkung der sozialen Infrastruktur des Studiums von besonderer Bedeutung sei. Diese sei bisher in den Hochschulpakten unberücksichtigt geblieben. Vor diesem Hintergrund würden zusätzliche Finanzmittel von Bund und Ländern für Bildungsinvestitionen und individuelle Bildungsförderung benötigt, damit die Studierenden unabhängig von ihren sozialen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen das Studium abschließen könnten.

Die soziale Dimension des Studiums könne vor allem dadurch gestärkt werden, dass adäquate Rahmenbedingungen und eine entsprechende Infrastruktur geschaffen würden. Dazu gehörten etwa günstiges, studienortnahes Wohnen, gutes und bezahlbares Essen, eine qualifizierte Studienberatung und -betreuung sowie weitere Serviceleistungen, die für das Studium förderlich seien.

Im Hinblick auf die verkürzte Schulzeit und das Aussetzen der Wehrpflicht würden die Studienanfänger immer jünger, sodass für diesen Personenkreis gezielt Kapazitäten für entsprechende Beratungsmöglichkeiten geschaffen werden müssten. Des Weiteren müsse für ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot für studierende Eltern gesorgt werden.

Ein weiterer Aspekt sei die Berücksichtigung der sozialen Belange behinderter Studierender.

Eine gute soziale Infrastruktur fördere das Profil und die internationale Reputation der Hochschulen sowie des Wissenschaftsstandorts Deutschland.

Vor diesem Hintergrund solle die Bundesregierung aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern zusätzliche Finanzmittel für Bildungsinvestitionen und für die individuelle Bildungsförderung bereitzustellen. Ferner solle sie einen Gesetzentwurf vorlegen, der die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen schaffe, damit Bund und Länder bei der Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Rahmenbedingungen des Studiums einfacher zusammenwirken könnten. Des Weiteren solle die Bundesregierung mit den Ländern einen Pakt zum Ausbau der sozialen Infrastruktur an Hochschulen schließen (Hochschulsozialpaket).

Darüber hinaus solle die Bundesregierung bei dem Hochschulsozialpaket insbesondere darauf hinwirken, dass ein Angebot an bezahlbaren, campusnahen und barrierefreien Wohnheimplätzen geschaffen, das Beratungsangebot verbessert werde und die Studentenwerke 10 Prozent mehr Finanzmittel für ihre Personalkosten erhielten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** haben in ihren Sitzungen am 9. Mai 2012 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8580 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat über die Vorlage ohne Aussprache in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 abgestimmt und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8580 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 9. Mai 2012

Tankred Schipanski
Berichterstatter

Ulla Burchardt
Berichterstatterin

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333